

Genehmigt am 10. Mai 2001

Protokoll Nr. 14

Sitzung von Donnerstag, 22. März 2001, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Christoph Stalder

Anwesend:

Michael Aebersold
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler
Peter Blaser
Markus Blatter
Jsabelle Blunschy
Christine Bosshardt
Annette Brunner
Walter Christen
Marcel Eyer
Marie-Louise Durrer
Rudolf Friedli
Thomas Fuchs
Verena Furrer-Lehmann
Hans Ulrich Gränicher
Adrian Haas
Rolf Häberli
Ueli Haudenschild
Ruedi Hofer
Stephan Hügli
Natalie Imboden

Urs Jaberg
Daniele Jenni
Michael Jordi
German Kalbermatten
Esther Kälin Plézer
Daniel Kast
Rudolf Keller
Blaise Kropf
Andreas Krummen
Peter Künzler
Annemarie Lehmann
Melanie Leskow
Peter Linder
Liselotte Lüscher
Edith Madl Kubik
Anton Maillard
Mario Marti
Irène Marti Anliker
Christoph Müller
Philippe Müller
Rosmarie Okle Zimmermann
Lydia Riesen
Heinz Rub

Erich Ryter
Annemarie Sancar
Sabine Schärner
Doris Schneider
Beat Schori
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Rudolph Schweizer
Peter Sigerist
Sylvia Spring Hunziker
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Max Suter
Margrit Thomet
Eva von Ballmoos
Catherine Weber
Thomas Weil
Kurt W. Weyermann
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt:

Peter Bernasconi
Peter Bühler
Susanna Grundbacher

Corinne Mathieu
Barbara Mühlheim
Ruth Rauch

Ursula Rudin-Vonwil
Michael Straub
Margrit Stucki-Mäder

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet

Entschuldigt:

Alexander Tschäppät
Kurt Wasserfallen

Traktanden

- | | | |
|----|--|-----|
| 1. | Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 4 vom 1. Februar 2001) | -- |
| 2. | Wahl der externen Revisionsstelle als unabhängiges Rechnungsprüfungsorgan | -- |
| 3. | Raumverdichtung Bundesgasse 38; Projektierungskredit (Weyermann/Guggisberg) | 315 |
| 4. | Finanzplan 2001–2004 mit Finanzperspektiven 2005–2008 (FIKO/Frösch) | 21 |
| 5. | Voranschlag für das Jahr 2001 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppenbudgets (FIKO/Frösch) – vgl. Ablaufplan | 13 |
- Die Beratungen werden am 29. März 2001 fortgesetzt*

Ablaufplan Budget 2001

- | | |
|--|------------------|
| 1. Eintretensdebatte | Redezeit: |
| - FIKO (gesamthaft) | 30 Minuten |
| - Fraktionserklärungen | 10 Minuten |
| - Allgemeine Umfrage | 5 Minuten |
| - Gemeinderat (gesamthaft) | 30 Minuten |
| • Allfällige Abstimmung über Eintreten | |
| 2. Steueranlage | |
| • Abstimmung über Steueranlage | |
| 3. Detailberatung des Voranschlags | |
| gemäss den vorgängig bei der Stadtkanzlei eingereichten Anträgen mit Abstimmung über Anträge | |
| - Einzelvoten höchstens | 5 Minuten |
| Beratung des Produktgruppenbudgets NSB: | |
| – Informatikdienste – Berufsfeuerwehr – Jugendamt – Gesundheitsdienst – Stadtgärtnerei | |
| – Schul- und Büromaterialzentrale – Strasseninspektorat und Entsorgung | |
| 4. Schlussabstimmung über Voranschlag 2001 | |
| 5. Bereinigung und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft | |

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Stadtratspräsident *Christoph Stalder*: Die Gemeindeabstimmung zur Ausgliederung des Elektrizitätswerks und der Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung zum selbständigen Gemeindeunternehmen „Städtische Werke Bern SWB“ wird am 23. September 2001 stattfinden. Der Gemeinderat hat von diesem Antrag der zuständigen Direktion gestern zustimmend Kenntnis genommen.

Die SP/JUSO-Fraktion teilt mit, dass Walter Christen per Ende März 2001 aus der Finanzkommission ausscheiden wird. Ich danke ihm bereits jetzt für seinen langjährigen Einsatz, er war seit 1995 in der FIKO. Die Ersatzwahl, vorgeschlagen ist Beat Zobrist, werden wir noch vor den Frühlingsferien durchführen.

Ordentliche Traktanden

1 Protokollgenehmigung

Das Protokoll Nr. 4 der Sitzung vom 1. Februar 2001 wird mit bestem Dank an die Verfasserin genehmigt.

2 Wahl der externen Revisionsstelle als unabhängiges Rechnungsprüfungsorgan

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht der Finanzkommission vom 19. März 2001 betreffend Wahl einer verwaltungsunabhängigen Revisionsstelle als Organ der Rechnungsprüfung.
2. Er erteilt der KPMG Fides Peat, Gümligen-Bern, den Zuschlag im Submissionsverfahren und wählt die erwähnte Unternehmung als unabhängige Revisionsstelle als Organ der Rechnungsprüfung für die Dauer von 4 Jahren von 2001 (Prüfung der Rechnung des Jahres 2000) bis 2004 (Prüfung der Rechnung des Jahres 2003).
3. Die Stadtkanzlei wird beauftragt, gestützt auf diesen Beschluss im Namen des Stadtrats eine beschwerdefähige Verfügung gemäss Artikel 14ff der Verordnung über das Beschaffungswesen der Stadt Bern zu erlassen.

Für die FIKO spricht *Urs Jaberg* (FDP): Nach dem kantonalen Gemeindegesetz müssen die Gemeinwesen über eine externe Revisionsstelle verfügen. Die FIKO hat mit Unterstützung der Stadtkanzlei und dem Finanzinspektorat, auf der Basis der Verordnung über das Beschaffungswesen, diese Revisionsstelle für die nächsten 4 Jahre ausgeschrieben. Auf die Ausschreibung sind 3 Angebote eingegangen. Diese wurden von einer 3-köpfigen FIKO-Delegation im Beisein der Stadtschreiberin und des Finanzinspektors gesichtet und verglichen. Alle 3 Bewerbungen konnten zum Wettbewerb zugelassen werden. Die FIKO schlägt dem Stadtrat vor, den Auftrag für die externe Revisionsstelle der Firma KPMG Fides Peat in Gümligen zu übertragen. Es handelt sich dabei um die Firma, die das günstigste Angebot eingereicht hat. Sie kann nach Behandlung dieses Traktandums, resp. nach der Publikation und Ablauf der Beschwerdefrist mit der Prüfung der Rechnung beginnen. Die vorgesehenen Fristen sind sehr knapp. Wir bitten um Genehmigung dieses Antrags.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag der FIKO mit 59 Ja-, 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

3 Raumverdichtung Bundesgasse 38; Projektierungskredit

Antrag Nr. 315

1. Der Stadtrat bewilligt für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für die Raumverdichtung im Verwaltungsgebäude Bundesgasse 38 einen Projektierungskredit von Fr. 245 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 502.501.004.1. Der Projektierungskredit ist später in den Baukredit aufzunehmen.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Für die GPK spricht *Kurt W. Weyermann* (FDP): Vorerst danke ich, dass wir dieses Geschäft heute behandeln können. Der Rat wird im Verlaufe der Behandlung sehen, wie wichtig dieses Geschäft ist, der Stadt geht hier sehr viel Geld verloren. Der Gemeinderat hat am 27. Juni 1990 beschlossen, die systematische Raumbewirtschaftung für die städtische Verwaltung einzuführen. Dies wurde bis heute zum Teil gemacht, bei der Predigergasse 5, Nägeligasse 2, Zeughausgasse usw. Die Raumverdichtung bringt für viele Angestellte ein Umdenken mit sich, eventuell müssen sie sich mit einer/einem Bürokollegin/Bürokollegen das Büro teilen oder mit einem kleineren Büro Vorlieb nehmen. Im Gebäude der Bundesgasse 38 sollen das Stadtplanungsamt sowie das Bauinspektorat integriert werden. Durch den Zusammenzug der beiden Ämter können rund 0,5 Mio. Franken Mietzinse pro Jahr gespart werden, das ist sicher kein Pappenstiel. Die Kostenschätzung für den Ausbau wird auf ca. 3,2 Mio. Franken veranschlagt. 1990 wurde an der Bundesgasse 38 eine Fassadensanierung durchgeführt, dabei wurde auch ein Ausbau ins Auge gefasst, um die Grossräume zu unterteilen. Darauf können wir heute abstellen, so dass wir ziemlich genaue Angaben für den folgenden Ausbau haben. Heute beantragen wir einen Projektierungskredit von Fr. 245 000.00, denn es muss ein Projektwettbewerb ausgeschrieben werden. Dieser wird in einem selektiven Verfahren gemacht, das heisst 3–4 Teilnehmer werden ausgewählt. Wenn wir heute dem Projektierungskredit zustimmen, sollte es möglich sein, dass im Jahr 2003 die Verdichtung abgeschlossen sein wird. Je schneller wir das Bauvorhaben realisieren können, umso eher fallen uns die Kosten für die Fremdmieten weg. Die GPK hat das Geschäft beraten und ist einstimmiger Meinung, dass dem Geschäft zugestimmt werden sollte.

Fraktionserklärungen

Für die SVP-Fraktion spricht *Thomas Weil*: Es ist effektiv lobenswert, wenn die Stadtverwaltung und an ihrer Spitze der Gemeinderat Sparbemühungen unternimmt, selbst wenn man keine profunden Buchhaltungskenntnisse hat und es manchmal schwierig ist, die Zahlen politisch zu würdigen. Durch die wirtschaftlichere Raumnutzung, welche durch eine Verlegung von Teilen der Verwaltung entsteht, können Kosten gespart werden. Gründe sind einerseits, dass das Gebäude an der Bundesgasse 38 im Verwaltungsvermögen liegt, das heisst Zinszahlungen, die nun noch an der Schwarztorstrasse vorgenommen werden müssen, werden entfallen. Die Begründung, die m²-Grösse der Büros werde zu klein, kann ich nicht gelten lassen, es wird durch andere Faktoren längstens aufgewertet, wie zum Beispiel durch das Arbeitsklima als Ganzes, die Gestaltung oder auch die Beleuchtung der Büros. Es sind nur Faktoren die dafür sprechen. Im Weiteren wird der Projektierungskredit von Fr. 245 000.00 in den späteren Baukredit aufgenommen. Der Baukredit würde dem Stadtrat rund in einem Jahr zur Genehmigung unterbreitet, je schneller das Bauvorhaben begonnen werden kann, desto mehr Mietzinse werden entfallen. Durchaus denkbar ist, dass die Liegenschaft in einem späteren Zeitpunkt verkauft werden kann, dies bedeutet, dass durch die jetzige Mehrwertschaffung der Mehrwert in einem späteren Zeitpunkt realisiert werden kann. Ein weiterer Punkt ist, dass durch die Konzentration der Verwaltung an einem Ort auch für die Bürgerinnen und Bürger eine Erleichterung eintritt, dadurch, dass die Verwaltungsgebäude nicht versplittert sind und gerade in einem Bereich wie Bau- und Planungsrecht, welches auch für den Profi ein relativ anspruchsvolles Gebiet ist, ist es nur ein Vorteil, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht von einer Stelle zur anderen gehen müssen. Gesamthaft gesehen, ist die Verlegung von Teilen der Verwaltung an die Bundesgasse zu begrüssen und weist nur Vorteile auf. Es wäre schön, wenn auch potente Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in die Stadt ziehen würden und der Gemeinderat auch hier etwas unternehmen könnte, dass die wirtschaftlichen Unternehmungen und die steuerkräftigen Bürgerinnen und Bürger nicht aus der Stadt wegziehen, sondern der Verwaltung folgen würden.

Oskar Balsiger begründet den Antrag der SP-Fraktion wie folgt:

Aufnahme eines neuen Punktes 2 in den Antrag:

2) Der Gemeinderat wird beauftragt im Bauprojekt „Raumverdichtung Bundesgasse 38“ mindestens die nach Artikel 54a der kantonalen Bauverordnung BauV erforderliche Anzahl Abstellplätze für Fahrräder und Motorfahrräder (2 je 100 m² BGF) vorzusehen.

Auch die SP-Fraktion findet es richtig, dass an der Bundesgasse 38 versucht wird, eine bessere Raumnutzung zu erzielen. Wir erwarten gleichzeitig, dass der Energiehaushalt verbessert wird, der in der Regel in den Altbauten nicht sehr gut ist.

Im Weiteren bitte ich die Anwesenden, unserem Antrag zuzustimmen. Es ist bereits das vierte Mal, dass ich genau zu diesem Punkt, im Zusammenhang mit einem städtischen Gebäude, mit Raumverdichtung, mit Umbau und mit besserer Nutzung hier am Rednerpult stehe. Es war beim Kornhaus, bei der Predigergasse 5 und bei den Direktionsbauten von Frau Begert, da habe ich immer gefragt, wohin werden die Velos gestellt. Heute höre ich von Gemeinderat Alexander Tschäppät der mich um Hilfe ruft, er habe ein Problem mit den Velos auf dem Kornhausplatz, wohin diese gestellt werden sollen. Mir war bekannt, dass dieses Problem auftauchen wird, es hat mir damals niemand geholfen, niemand wollte etwas davon hören. Wir müssen in den Gebäuden Platz für Veloabstellplätze nutzen. Im Fall der Bundesgasse 38 ist es sehr gut möglich, dort gibt es eine Rampe die ins Untergeschoss führt, damit die Velos dort abgestellt werden können. Das Ganze muss nur besser gestaltet und organisiert werden. Es kann hier niemand sagen, es gehe nicht, denn ich kenne das Haus in- und auswendig. In dieser Frage liegt es an der Stadt, mit gutem Beispiel voranzugehen. Ich bitte den Rat, unserem Antrag wie auch dem Projektierungskredit zuzustimmen.

Für die Fraktion FDP spricht *Kurt W. Weyermann*: Ich stelle die Fraktionserklärung unter ein geflügeltes Wort, lieber zügeln als zinsen und dies hat 1990 der Gesamtgemeinderat gemacht. Es gibt beim ganzen Raumverdichtungsproblem doch noch ein paar Sachen zu sagen, die uns nachdenklich stimmen sollten. Wenn 1990 ein Gemeinderatsbeschluss gefasst wurde und es rund 8 Jahre dauert, bis das erste Projekt fertig ist, wurde so lange unnötigerweise Geld ausgegeben. Es sind Fr. 360 000.00 pro Jahr und dies seit 1968. Wer gut rechnen kann, kommt auf das heutige Ergebnis von rund 12,5 Mio. Franken. Weshalb ist der Betrag so hoch? Wieso hat ein sozialdemokratisch dominierter Gemeinderat 1968 einem solchen Mietvertrag zugestimmt? Wenn der Betrag von Fr. 360 000.00 mit dem damaligen Zinsfuss von 4% kapitalisiert wird, sind dies rund 9 Mio. Franken. Wenn die Kaufkraft betrachtet wird, die rund die Hälfte mehr war als heute, hätte dies ein Gebäude von 18 Mio. Franken gegeben. Wo sind hier die Manager, die die Stadt führen? Dies macht uns betroffen, wir werden bei der Budgetbehandlung bestimmt wieder hören, die Zitrone sei ausgepresst, der Gemeinderat habe die Hausaufgaben gemacht. Wir sehen aber, dass doch noch ein paar Sachen im Argen liegen. Weshalb stelle ich dies hier so explizit dar? Wir von der freisinnigen Partei sind der Meinung, es müsse sofort etwas passieren und ich bitte den Gemeinderat, das Geschäft sofort an die Hand zu nehmen und die Raumverdichtung sofort zu realisieren.

Der Direktor für Hochbau, Stadtgrün und Energie *Adrian Guggisberg* dankt vorweg dem GPK-Sprecher für die Vorstellung des Geschäfts, ebenso für die gute Aufnahme im Rat. Ich wurde beinahe ein bisschen rot, als Kurt W. Weyermann sagte, lieber zügeln als zinsen. Ich habe mein Büro von der Bundesgasse an die Schwanengasse gezügelt und bin nun nicht sicher, ob er mich damit gemeint hat. Ich kann ganz klar versichern, dass der Gemeinderat das Geschäft zügig bearbeiten will. Sicher können wir die 8 Jahre nicht aufholen, aber wir werden ganz sicher keine Zeit mehr mit dem Geschäft verlieren.

Zu der Fraktionserklärung von Thomas Weil. Er hat richtig gesagt, dass nicht alleine die Fläche eines Büros das Wohlbefinden, die Motivation und die Arbeitsleistungen beeinflussen, sondern auch die Ausgestaltung der Möbel, der Farbe, der Fenster, der Beleuchtung usw. Diese Faktoren werden bei der Gestaltung der Büros ein wichtiger Aspekt sein und bei den Arbeitsrahmenbedingungen Rechnung getragen. Mit dem Ausbau können wir den Preis pro Arbeitsplatz und Jahr von Fr. 8 700.00 auf Fr. 8 000.00 senken und sind damit in bester Gesellschaft mit anderen Verwaltungen.

Ich habe Verständnis für den Antrag und das Anliegen von Oskar Balsiger. Wir haben bereits früher darüber gesprochen. In der Bundesgasse 38 besteht das Problem gar nicht. Wir haben im Untergeschoss einen Veloraum von rund 27 m², das gibt Platz für 25–35 Velos. Ich war selber vor Ort, dieser Platz war ca. zu einem Drittel bis halb besetzt. Der Platz ist vorhanden, ohne dass wir dem Antrag stattgeben müssen. Wenn wir die Forderung von Oskar Balsiger erfüllen wollen, ergibt es Probleme. Wir müssen weitere Räumlichkeiten im Untergeschoss als Veloräume reservieren, damit würden wieder Archivräume wegfallen, die ebenso stark beansprucht werden. Geschaffener Raum würde also wieder verloren gehen. Wenn Oskar Balsiger mit diesem Antrag der Meinung ist, dass sich auch Abstellplätze in einem weiteren Perimeter einbeziehen lassen, können wir den Antrag entgegennehmen, sonst bitte ich den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Einzelvoten

Oskar Balsiger (SP) bittet den Rat noch einmal dringend, dem Antrag zuzustimmen. Wir haben einen Notstand im Raum Hirschengraben/Bahnhof und Umgebung bezüglich der Veloabstellplätze. Ich kenne den Kellerraum in der Bundesgasse, ich habe auch schon ein Velo über drei andere Velos gehoben, damit ich wieder raus kam. Es ist schlecht organisiert. Die Frage der Veloabstellplätze muss jetzt an die Hand genommen und gelöst werden. Ich erinnere daran, wenn wir sie nicht in der Baute drin lösen, aussen herum kostet es viel mehr.

Sabine Schärner (SP): Ich will meinem Parteikollegen Unterstützung geben. Wenn wir als Privatperson ein grosses Gebäude mit solch vielen Arbeitsplätzen bauen oder umgestalten, sind wir verpflichtet, die kantonale Gesetzgebung einzuhalten. Ich denke, die öffentliche Hand ist hier wirklich aufgerufen, mit dem guten Beispiel voran zu gehen. Wir können uns hier schlicht und einfach nicht vor der Verantwortung drücken, auch wenn es nur um Velos geht.

Beschlüsse

1. Der Rat stimmt dem Projektierungskredit von Fr. 245 000.00 mit 66 Ja-, 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.
2. Der Rat stimmt dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion mit 39 Ja-, 26 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

Schlussabstimmung

Der Rat stimmt dem bereinigten Geschäft mit 65 Ja-, 0 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

4 Finanzplan 2001–2004 mit Finanzperspektiven 2005–2008

Antrag Nr. 21

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2001–2004 mit Finanzperspektiven 2005–2008 (Fassung Februar 2001).

Die Präsidentin der Finanzkommission *Katharina Suter* (FDP): Über den Finanzplan wurde in der FIKO lange diskutiert, dazu hat eine kleinere „Chropfleere“ stattgefunden. Der Finanzplan wird von der Mehrheit der Finanzkommission als gutes Hilfsmittel bezeichnet, auch wenn die Planungen immer eine gewisse Schätzung beinhalten. Er hinterlässt bei der Mehrheit den Eindruck einer seriösen und gleichzeitig doch optimistischen Arbeit mit bestem Wissen über die zukünftige Entwicklung. Gleichzeitig hinterlässt er aber einen frustrierenden Eindruck, weil es trotz der vorgesehenen Steuererhöhung von 2,4 ab dem Jahre 2002 alles andere als gut aussieht. Trotz Steuererhöhung werden weiterhin grosse strukturelle Verbesserungen notwendig sein, denn auch bei einer Erhöhung des Steuerfusses auf 2,4 reichen die Steuereinnahmen nicht aus, die heutigen Aufgaben im Gemeinwesen zu finanzieren und gleichzeitig den Schuldenberg abzubauen. Wir haben uns aber auch gefragt, ob eine Steueranlage von 2,4 politisch überhaupt machbar ist und was passieren wird, wenn es nicht machbar ist. Die Hoffnung wird auf die anziehende Konjunktur gesetzt, wobei mit einem gewissen Wachstum gerechnet werden darf. Gehofft wird ebenfalls, dass Bund und Kanton Strukturen nicht weiter zuungunsten der Stadt verschlechtern. Am Schluss der Debatte war eine gewisse Ratlosigkeit vorhanden. Ich verzichte auf mehr Details, wir haben in der FIKO einen Finanzplanspezialisten, der sich ausführlich in der Fraktionserklärung zu diesen Details äussern wird. Über den Finanzplan müssen wir nicht abstimmen, die FIKO hat ihn zur Kenntnis genommen.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Ueli Stückelberger* (GFL): Ein Kompliment an den Gemeinderat für die Ausgestaltung des Finanzplans 2001–2004. Es ist ein übersichtliches Instrument und als Führungsinstrument sowohl für die FIKO wie auch für uns im Stadtrat geeignet. Unsere Fraktion würdigt die Leistungen der Stadt. Wir anerkennen, dass Sparanstrengungen gemacht wurden, es ist ersichtlich, die Gesamtbeurteilung des Finanzplans ist für uns genügend bis gut. Gut ist besonders, dass die Möglichkeiten zur Sanierung aufgezeigt werden. Ebenfalls gut ist, dass zum Bericht des Regierungsrats des letzten Jahres glaubwürdige und plausible Antworten gegeben werden. Wir sind über den Kanton enttäuscht, der Kanton macht es sich zu einfach im Umgang mit der Stadt. Er zeigt überhaupt keine konkreten Handlungsmöglichkeiten für die Stadt auf. Wenn gesagt wird, der Kanton sei wach und habe Handlungsmöglichkeiten, dann müssten die Aussagen einiges konkreter, realistischer und nicht einfach so abstrakt sein. Negativ ist, dass auch mit der erhöhten Steueranlage 2,4 in den nächsten Jahren kein ausgeglichenes Budget ausgewiesen werden kann. Wenn wir die alt- und die neurechtlichen Defizite abzahlen müssen, können die Budgets nicht immer ausgeglichen gestaltet sein. Aus unserer Sicht ist die Haushaltverbesserungsmassnahme Nr. 8 mager ausgefallen. Bei der Einleitung wird das Kapitel – Einsparungen bei der Feuerwehr – erwähnt. Wenn wir es genau betrachten, ist unter diesem Kapitel gar nichts zu finden. Ebenfalls erwarten wir vom Gemeinderat, dass er die Grösse der Verwaltung selbstkritischer überprüfen wird. Wir meinen damit nicht die Basis unten, sondern die Stäbe und die Direktionssekretariate. Wir sind der Meinung, da wäre Sparpotenzial vorhanden. Wir sind auch über die einzelnen Direktionen enttäuscht. Wir haben das Gefühl, die Finanzlage werde zu wenig ernst genommen und die notwendigen Sparanstrengungen nicht gemacht. Wir finden es schlicht verwerflich, dass sich die Direktion für Öffentliche Sicherheit weigert, die 3% einzuhalten. Wir sind überzeugt, dass es

am Willen bei einzelnen Direktionen fehlt, die 3% einzuhalten oder von selber, ohne Druck des Gesamtgemeinderats, in den eigenen Direktionen nach Sparvorschlägen zu suchen und diese auch umzusetzen.

Der Finanzrahmen sieht ab 2002 einen Steuerfuss von 2,4 vor. Es ist sicher die Frage, wie verhält sich nun unsere Fraktion dazu. Der entscheidende Satz zu diesem Punkt lautet: Unsere Fraktion ist der Ansicht, dass der Zeitpunkt heute zu früh ist, um über die Steuererhöhung 2,4 fürs Budget 2002 zu befinden. Was ich heute bereits sagen kann, wir werden sicher nicht einem Budget mit Steuererhöhung auf 2,4 und einem Defizit von 20 Mio. Franken zustimmen. So kann es nicht sein und gehen. In diesem Sinn nimmt unsere Fraktion von diesem Finanzplan Kenntnis.

Für die Fraktion FDP spricht *Stephan Hügli*: Ich will nicht wie Ueli Stückelberger „Noten“ verteilen. Es wurde seriös gearbeitet, wir haben seriöse Grundlagen erhalten, die nachvollziehbar sind. Was die Interpretation und die Beurteilung der Zukunft aussagt, da unterscheiden wir uns allenfalls in der einen oder anderen Frage. Die Rolle des Finanzplans ist ganz anders, als wir es noch unter dem alten Gemeindegesetz hatten. Sobald wir einen Franken Defizit schreiben, müssen wir mit dem Finanzplan aufzeigen, dass wir es schaffen, die budgetierten Defizite im achten Jahr wieder aufgefangen zu haben. Wir tragen ja bereits ein neurechtliches Defizit neben dem altrechtlichen vor, das wir gleichzeitig jedes Jahr in der Grössenordnung von fast einem Steuerzehntel abtragen müssen. Ich erlaube mir, eine kurze Geschichte zu erzählen. Ich wurde zusammen mit ein paar Bundesangestellten nach Basel an einen Schnitzelbank-Abend eingeladen. Bei der Fahrt nach Basel hat sich im Gespräch gezeigt, dass nur zwei der 7 Mitfahrenden in Bern wohnen, die anderen arbeiten nur hier. Die beiden Personen, die in Bern wohnen sind zwei Sekretärinnen ohne Familie. Die Personen, welche nicht in Bern wohnen und hier keine Steuern bezahlen, waren ein Staatssekretär, der an der Zürcher Goldküste wohnt und ca. die Hälfte der Steuer, die er in Bern bezahlen müsste, bezahlt, ein Abteilungschef aus dem Wallis, ein Botschafter der in Muri wohnt, jemand aus dem Oberaargau und ein Vertreter aus Basel. Was heisst das? Wir hören hier immer, die Steueranlage sei nicht massgebend für die Frage, ob jemand hier Wohnsitz habe oder nicht. Was unsere Steueranlage und Steuerpolitik hier bewirkt, ist dass vor allem auch keine Leute nach Bern kommen, um hier zu wohnen. Es sind alles Leute, die hier arbeiten, die hier alles in Bern brauchen, eine Schlafgelegenheit haben aber das Steuerdomizil ist nicht in Bern. Diese Personen handeln nicht gesetzeswidrig, sondern sie passen sich der Situation an. Diesem Problem müssen wir Beachtung schenken, wir wissen es auch, wir haben es von Therese Frösch im Rahmen der Beantwortung einer Anfrage zum Rechenschaftsbericht gehört. Ich werde immer wieder von vielen Leuten gefragt, weshalb der Steuerfuss so hoch sei, während in anderen Orten 10, 20 oder gar 50% weniger Steuern bezahlt werden. Auch in anderen Grossstädten der Schweiz, vielleicht mit Ausnahme von Genf, ist der Steuerfuss tiefer. Ich habe Schwierigkeiten, konkrete Beispiele zu nennen, was andere Städte nicht haben. Zürich hat genauso eine SVB, die Zürcher Verkehrsbetriebe, die sind zwar ein paar Rappen teurer. Am Schluss musste ich sagen, dass wir vom Gratiseintritt ins Marzili profitieren können.

Wenn wir die Zahlen zum Volkseinkommen und zur -entwicklung betrachten, die vor zwei Wochen publiziert wurden, stellen wir fest, dass das Schweizerische Volkseinkommen im letzten Jahr in der Schweiz im Durchschnitt um 2,7% gestiegen, im ganzen Kanton um 3,4% gesunken ist. Diese Entwicklung ist gefährlich. Eine weitere gefährliche Entwicklung ist, das haben wir in der FIKO von unseren Steuerleuten gehört, 20% der Bevölkerung haben eine sogenannte Null-Taxation, d.h. sie bezahlen keine Steuern in Bern. Vor acht Jahre waren es noch 12%. Sollte diese Entwicklung so weitergehen, ist es gefährlich und relativiert auch die ganzen Einwohnerbefragungen, darin wird gesagt, der Steuerfuss sei nicht massgebend für das

Wohnen. Wir müssen uns bewusst sein, gegen 10% der Bevölkerung bringen etwa 80% der Steuern in Bern auf.

Ein Wort zu Ueli Stüchelberger, die Massnahmen des Kantons seien sehr schwammig und sagen überhaupt nichts Konkretes aus. Ich begrüsse, dass der Kanton es so macht. So lange die Stadt Bern hier noch Handlungsfreiheit hat, selber zu bestimmen was geht, so lange soll der Kanton natürlich die Gemeindeautonomie achten und nicht in den Finanzhaushalt eingreifen. Das muss er dann machen, wenn die Finanzhoheit an den Kanton übergeht.

Zu der Steuererhöhung: Wenn wir eine Steuererhöhung machen, führt dies unweigerlich zu einer erhöhten Abwanderungsbewegung von guten Steuerzahlerinnen/Steuerzahlern und wir kommen damit zu einem Minderertrag von Steuern. Bei der erwähnten Steuererhöhung wurde wahrscheinlich vergessen, die Volksmeinung zu beachten. In den letzten Jahren wurde einer Steuererhöhung nie zugestimmt, eine hat es gegeben, die wurde aber vom Kanton verordnet. Dieses Jahr und sicher auch in den folgenden Jahren haben wir ein ausgeglichenes Budget und einen „Finanzplan, der auf den ersten Blick gar nicht so schlimm aussieht“, weil wir jetzt schon wieder das Familiensilber verkitschen, erzwungener- und erwünschtermassen. Das eine Mal waren es die Mittelschulen, dieses Mal sind es die Berufsschulen, die dem Kanton übertragen wurden. Was ich im Finanzplan begrüsse, ist die Berücksichtigung des Ertragsrückgangs der Abgaben, die das EWB und das GWB machen werden, hier wurde von 27 Mio. auf 10 Mio. Franken korrigiert. Ob dies ausreichen wird oder nicht, sei dahingestellt, wir werden sehen, was die Zukunft bringt. Zum Thema EWB/GWB und STABAG: Der Regierungsrat akzeptiert keinerlei Abtragung von Bilanzfehlbeträgen durch Umwandlung von Buchgewinnen, die allenfalls beim Übergang in eine neue Rechtsform entstehen werden. Alle solchen Beträge sind im Finanzplan zu ändern.

Zum Thema Sparpotenzial: Wir haben es heute wieder gehört, mit dem Raumverdichtungsprogramm, können wir sparen. Mit den Budgetweisungen dieses Jahres zur zweiten Auflage ist es in den paar Monaten gelungen, mit 8 Mio. Franken Vorgabe doch immerhin 6 Mio. Franken zu erzielen. Was geht alles nicht, das im Finanzplan vorgesehen ist? Die Rententeuerung wurde berechnet, dass sie bereits 2001 wirken soll und die Stadt entlasten würde, dazu müssen wir den Entscheid der zuständigen Aufsichtsbehörde abwarten. Es kann sein, dass es geht, es kann aber auch sein, dass es nicht geht. Die SVB-Vermögensausscheidung hat zu Diskussionen Anlass gegeben, hier müssen wir wahrscheinlich auch warten, bevor wir genau budgetieren können. Dazu höre ich die einen und die anderen Stimmen, ich weiss nicht, was ich glauben soll. Das Gleiche gilt bei STABAG, hier wurde ein horrendes Betrag eingesetzt, den wir dank der Auslagerung der Stadtgebäude einsparen können. Herr Pfister hat gesagt, es klappe auf alle Fälle. Dazu möchte ich auch noch den Rat hören, wie er sich dazu stellt, erst wenn sich klare Mehrheiten abzeichnen, darf man einen solchen Betrag budgetieren. Portfolioexterne Massnahmen wurden wahrscheinlich auch zu hoch angesetzt, was sicher zu hoch angesetzt ist, ist die Strassenrechnung. Der Kanton ist hier sicher auch noch gierig und versucht zuerst Geld in seine Kasse zu leiten. Ich gehe davon aus, dass etwas für die Stadt abfallen wird, aber nie in dieser Höhe, das haben auch die Spezialisten und Therese Frösch so zugegeben oder eingestanden. Wie soll es weitergehen? Die RGM muss endlich sparen lernen. In den ersten vier Jahren von RGM haben wir gehört, die Vorgänger seien Schuld, später war es die schlechte Wirtschaftslage und die Rezession. Ich bin gespannt, wer für die nächsten vier Jahre die Schuld übernehmen soll.

Wir helfen gerne mit, eine Kompromisslösung zu finden. Aber ein Kompromiss kann sicher keine Steuererhöhung sein, da lassen wir nicht mit uns diskutieren. Wenn unsere zahlreich gemachten Vorschläge schlecht sind, dann erwarten wir, dass gescheite und gute Vorschläge gebracht werden. Wir helfen gerne mit, darüber zu diskutieren, was machbar und sinnvoll ist. Mit diesen Bemerkungen nehmen auch wir vom Finanzplan Kenntnis.

Für die Fraktion SVP/JSVP spricht *Margrit Thomet* (SVP): Wir danken für den vorgelegten Finanzplan. Als Erstes wird ab 2002 mit einem Steuerfuss von 2,4 gerechnet. Obschon die finanziellen Perspektiven in naher und ferner Zukunft nicht gut aussehen, können wir dem nicht zustimmen. Eine Steuererhöhung setzt ganz falsche Zeichen. Sobald der Steuerfuss erhöht wird, fällt automatisch der Spardruck, dies zeigt die Erfahrung. In der Wirtschaftsfreundlichkeit haben wir nach wie vor einen grossen Aufholbedarf. Eine Steuererhöhung würde für den Wirtschaftsstandort Bern negative Auswirkungen haben. Auch wenn das von der linken Seite oft bestritten wird, zeigen doch Erhebungen, dass bei der Wahl eines Firmenstandorts der Steuerfuss, natürlich auch neben anderen Faktoren, sehr wichtig ist. Neuste Erhebungen des Handels- und Industrievereins zeigen deutlich, dass Bern punkto Wirtschaftsfreundlichkeit in den hintersten Rängen zu finden ist. Ich bin gleicher Meinung wie Stephan Hügli und kann mich seinen Erläuterungen anschliessen. Gute Steuerzahler finden nach wie vor kein Eigenheim in der Gemeinde Bern oder nur unter ganz schwierigen Bedingungen. Die restriktive, verdichtete Planung verunmöglicht das Bauen von Einfamilienhäusern. Mitten in einer Einfamilienhaussiedlung werden jetzt in Oberbottigen Mehrfamilienhäuser geplant und bald gebaut. Dass diese Planung endlich ausgeführt wird ist zu begrüessen, doch es wird nicht der Nachfrage entsprechend gebaut. Die Stadt kann es sich offenbar leisten, gut betuchte Einfamilienhaussuchende in die Aussengemeinden ziehen zu lassen und solche, die von aussen in die Stadt kommen und hier bauen möchten, haben überhaupt keine Möglichkeit. Der Satz auf Seite 5 vom Finanzhaushalt der Stadt Bern, Sanierungsplan 2001–2004 finden wir eine zentrale Aussage. Ich zitiere – sollte jedoch die Steueranlage 2,4 auch ab dem Jahr 2002 trotz finanzpolitischer Notwendigkeit nicht realisiert sein, sind einschneidende Massnahmen im Sinne eines weitergehenden Leistungsabbaus unumgänglich –. Auf diesen Punkt müssen wir kommen, um unsere Ausgaben und vor allem auch die neuen Ausgaben sehr kritisch zu prüfen und nur an unseren finanziellen Möglichkeiten festzulegen. Ohne den starken Spardruck unter den Gemeinden kommt auch der Stadtrat nicht zur nötigen Einsicht. Die im Finanzplan aufgeführten Massnahmen sind erfreulich, doch enthält er auch sehr grosse Unsicherheiten, Stephan Hügli hat davon aufgezählt. Die Frage ist, was bringt der Finanz- und Lastenausgleich tatsächlich? Bringt die STABAG die angenommenen Beiträge, findet sich eine Gesellschaft oder lässt sich eine bilden, die sich mit den Bedingungen, die wir uns vorstellen, kostendeckend oder noch besser gewinnbringend arbeiten kann, damit die nötigen Gelder gelöst werden können. Eine Realisierung wird immer unwahrscheinlicher, wie die jetzige Situation ist. Wieviel bringt uns die Vermögensausscheidung SVB. Betreffend Vermögensausscheidung liegt ein Rechtsgutachten vor, das gemeinsam von Stadt und Kanton in Auftrag gegeben wurde. Was bekommen wir von der LSVA, dies ist auch noch eine ungeklärte Frage. Die verwaltungsexternen Massnahmen der Portfolioanalyse können leider vom Gemeinderat wenig beeinflusst werden und es ist ungewiss, in welchem Rahmen die betroffenen Gemeinden ihre Anteile leisten werden. Nach unserer Meinung sind die Steuereinnahmen zu optimistisch veranschlagt, weil das Wirtschaftswachstum möglicherweise schon auf dem höchsten Punkt angelangt ist und sich vielleicht gar nicht mehr viel verbessern wird. All die aufgeführten erhofften Mehreinkünfte oder Entlastungen basieren auf zu optimistischen Annahmen. Zukünftige Verhandlungen und Entwicklungen werden erste sichere Zahlen aufzeigen. Aus diesen Gründen befürchten wir höhere Defizite und der Defizitabbau der alt- und neurechtlichen Schulden lässt sich nicht, wenn überhaupt, in der angegebenen Zeit realisieren.

Irène Marti Anliker spricht für die Fraktion SP/JUSO: Der Finanzplan 2001–2004 mit seinen Finanzperspektiven 2005–2008 zeigt weitere düstere Aussichten in den finanzpolitischen Belangen dieser Stadt auf. Die Finanzlage eines Gemeinwesens prägt alle anderen Politbereiche, die politische Innovation, die politischen Antworten auf Veränderungsprozesse in der

Gesellschaft fallen in finanziell schlechten Zeiten anders aus, als in guten Zeiten. Die Finanzen dürfen aber in einer Demokratie nicht das Mass aller Dinge sein, weil man eben ein Staatswesen nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien redimensionieren kann und darf und sei es „nur“ aus demokratiepolitischen oder auch aus verfassungsrechtlichen Gründen. Von der gesellschaftspolitischen Dimension spreche ich hier gar nicht. Die Stadt Bern hat seit Jahren finanzpolitische Probleme, welche nicht gelöst werden konnten, damit wir zufrieden sein können. Sie bestehen noch immer. Der Finanzplan gibt keine Entwarnung zum Problem. In den letzten Jahren wurde die Diskussion um die Sanierung der Finanzen immer gleichzeitig mit der Frage geführt, wieviel Staat eigentlich notwendig sei, welche Aufgaben ein Staatswesen heute noch habe. Diese Diskussion um die Aufgaben des Staats wurde eigentlich gar nie richtig geführt. Vielleicht am Rande der GO oder bei Ausgliederungsfragen? Nein, das Thema wurde stellvertretend beim Finanzthema diskutiert. Die bürgerlichen Sparvorschläge zeigen dies immer wieder auf. Da geht es oft nicht um eigentliche finanzpolitische Strategien, sondern es geht darum, staatliche Dienstleistungen zu privatisieren. Ich denke, taugliche und konsensfähige Lösungsansätze in der Finanzpolitik finden wir nur dann, wenn die Diskussion um finanzpolitische Strategien getrennt wird vom Thema Staatsquote, Aufgaben vom Staat. Die SP/JUSO-Fraktion ist daran interessiert, konsensfähige, finanzpolitische Lösungen zu finden. Wir stehen aber auch für eine soziale Stadt ein, für eine Stadt, welche allen Menschen, die hier leben, ein Zuhause bietet und nicht nur den finanziell besser Gestellten. Bei der Investitionsplanung sehen wir, dass weiterhin eine Plafonierung auf 45 Mio. Franken geplant ist. Bei einer Plafonierung von Mitteln bleibt immer ein gewisser Investitionsbedarf auf der Strecke liegen. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er seine Prioritätenliste in diesem Bereich transparent macht und in eine Finanzstrategie einfließen lässt. Jede Diskussion um die Sanierung von Finanzen ist letztlich auch eine Diskussion um Prioritätensetzung, die sollte demokratisch geführt werden. Die öffentliche Hand muss bezüglich der Finanzen richtigerweise einem demokratischen Einfluss und der demokratischen Kontrolle unterstehen. Die Behörden sind richtigerweise und selbstverständlich verpflichtet, sorgfältig mit den finanziellen Mitteln umzugehen, sie effizient und effektiv einzusetzen. Ausgabenseitig stellen wir fest, dass wiederum eine Senkung der Ausgaben um 7,1% stattgefunden hat. Wir wissen alle hier im Rat, dass die Stadt in den letzten Jahren 200 Mio. Franken gespart hat. Die Stadt mit ihrer RGM-Mehrheit hat die Verantwortung wahrgenommen, das Personal hat Opfer gebracht. Das Personal lacht nicht, wie die Ratsmitglieder zu meiner linken Seite. Wir haben immer betont, dass die Finanzprobleme nicht nur ausgabenseitig angegangen werden können. Es gibt ganz klare Erhebungen, dass der Steuerfuss überhaupt kein Kriterium für das Wohnen in der Stadt ist, dass andere Kriterien massgebend sind, das Wohnumfeld etc. Bei der Analyse der Stadt Bern müssen wir auch miteinbeziehen, dass die Stadt Bern Arbeitsplätze hat, beispielsweise von grossen Verwaltungen, die bekanntlich keine Steuern bezahlen, im Gegensatz zu einer Stadt Zürich. In einem Punkt sind wir uns einig. Der Sanierungsplan hat Einflussfaktoren, die gleichzeitig Unsicherheitsfaktoren sind. Das Projekt STABAG, die Neuordnung Finanz- und Lastenausgleich. Wir stimmen dem Gemeinderat aber zu, wenn ab 2002 eine Steuererhöhung auf 2,4 nicht möglich sein wird, dass ein weiterer Leistungsabbau die Folge sein wird. Es werden Aufgaben nicht mehr durchs Budget bezahlt, sondern durch Fonds, z.B. die Kinder- und Jugendarbeit. Die Finanzierung von Schuleinrichtungen und Material ist unterdurchschnittlich, wenn wir dies mit anderen Städten und Gemeinden vergleichen und in der Spitex, im Alters- und Pflegeheim führen die Sparübungen zu erheblichem Qualitäts- und Leistungsabbau. Je mehr Abbau durch Sparmassnahmen gemacht wird, desto weniger sind die Leute bereit, einer Steuererhöhung zuzustimmen. Es ist klar, wofür bezahlt man mehr Steuern, wenn alles abgebaut wird. Es gibt einen unaufhaltsamen Teufelskreis. Dabei spielt es keine Rolle in der Wahrnehmung der Leute, ob die Sparübungen jetzt durch den Kanton diktiert wurden.

Die SP/JUSO-Fraktion ist bereit, sich an parteiübergreifenden Gesprächen zu beteiligen. Wir wollen unseren Beitrag für konsensfähige Lösungen leisten. Die Voraussetzung für solche Gespräche ist, dass uns eine Finanzstrategie des Gemeinderats zur Diskussion vorgelegt und vom Gesamtgemeinderat getragen wird. Wir erwarten eine solche Strategie für parteiübergreifende Gespräche und für die Budgetrunde 2002. In diesem Sinne nehmen wir Kenntnis vom Finanzplan.

Für die Fraktion GB, JA!, GPB spricht *Michael Jordi* (GB): Die Bedürfnisse nach Leistungen und Investitionen in dieser Stadt nehmen nach wie vor zu. Entweder weil es politisch erwünscht ist, weil gesetzlich vorgeschrieben, weil der Kanton Ausgaben nach unten bricht oder weil wir durch Subventionsverträge gebunden sind. Der Finanzplan ist zugegebenermassen düster, trotzdem müssen wir klar festhalten, die beeinflussbaren Ausgaben in der Stadt Bern wurden kontinuierlich gesenkt, die Verwaltungsabläufe wurden optimiert, bei guten Leistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner. Das sind weder Luxusleistungen noch lumpige Leistungen, sondern es sind anständige Leistungen, die ihren Steuerpreis sicher wert sind. Der Steuerpreis, darauf hat Stephan Hügli gewiesen, ist in der Schweiz von Gemeinde zu Gemeinde und von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Diese Strukturen sind sehr unterschiedlich und wir haben bereits in der FIKO eine Debatte darüber geführt. Es gibt sogar freisinnige Nationalräte und ehemalige Finanzdirektoren, welche der Ansicht sind, dass es eine staatliche Reduktion der Steuerfusdifferenzen braucht, damit man den benachteiligten Gemeinden, dazu gehören Zentrumsstädte, den Schnauf gibt, die Aufholbewegung auch machen zu können. Der Finanzplan ist düster, obschon ab nächstem Jahr das FILAG greift, das uns Entlastungen im Ausmass von 1,3 Steuerzehnteln bringen wird. Hingegen greift dann auch noch das neue Steuergesetz voll und nimmt für das nächste Jahr 32 und nachher 37 Mio. Franken, anders gesagt 1,8 Steuerzehntel wieder aus der Kasse. Was man mit dem einen hereinbekommen hat, ist ein Negativsummenspiel von rund 10 Mio. Franken. Die Steuerbemessungslücke trifft uns im dümmsten Moment, die Wirtschaft floriert, die Einkommen steigen, die Beschäftigtenzahlen nehmen zu und das Steuersubstrat steigt, ohne dass wir voll davon profitieren können. Welche Optionen bleiben also offen? Ohne Steuererhöhung und bei einer Nichtweitergabe der FILAG-Reduktionen an die Bevölkerung, wenn die Portfoliomassnahmen und ein Teil der Zusatzmassnahmen greifen, bleibt noch immer ein Loch von je 20–33 Mio. Franken in den nächsten 7 Jahren, dies ist zu viel. Ich denke, dass eine Therapie-Mischform gefragt ist. Wir werden nicht darum herum kommen, neue zusätzliche Sparmassnahmen einzuleiten, aber wir werden auch nicht darum herum kommen, auf der Einnahmenseite ein gleiches zu tun. So sind ausgeglichene Budgets realistisch. Warum gehen wir nicht auch einmal von der Idee aus, von einem Steuersatz von 2,35 und schauen, ob wir auf dieser Basis ein mehrheitsfähiges Sanierungspaket schnüren können? Unter diesen Bedingungen wäre ein Sanierungspaket von rund 15 Mio. Franken/Jahr nötig, das sollte doch mit „Ächzen und Krächzen“ machbar sein.

Der Finanzplan ist ein rollendes Planungsinstrument. Unter dem heutigen Blickwinkel ist bei der Reorganisation der Verwaltung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen zu viel eingesetzt. Unsicher ist auch der Ausgang des Entscheids der Billettsteuer, die bürgerlichen städtischen Vertreter im Grossen Rat sind damit der Stadt in den Rücken gefallen, 5 Mio. Franken stehen auf dem Spiel. Der Entscheid des Stadtrats, die Annuitätenregelung bei der Pensionskasse nicht zu verändern und damit kurzfristig auf 3,5 Mio. Franken zu verzichten, hat ebenfalls Folgen. Aber auch die Prognose der Steuereinnahmen hat Auswirkungen, dieses Mal in tendenziell positiver Richtung, welche jetzt noch nicht im Finanzplan erscheinen. Wer aber so argumentiert wie zum Teil die FDP und vorhin auch Margrit Thomet von der SVP und alle prognostizierten Einnahmen, Strassenrechnung, SVB-Vermögensüberführung usw. bestreitet und wie ein zahmes „Mäuschen“ auf umstrittene zum Teil wenig

fundierte juristische Entscheide des Kantons wartet, der wird die Stadtfinanzen sicher nicht in den Griff bekommen. Wir haben gemerkt, für die Abgeltung der Zentrumslasten müssen wir kämpfen, ohne Intervention der Stadt und der rot-grünen Vertreterinnen und Vertreter im Grossen Rat, wären wir heute im FILAG um rund einen Steuerzehntel schlechter gestellt. Was ist die politische Lehre aus dem vorliegenden Finanzplan? Er muss verbessert werden. Eine Steuererhöhung auf 2,4 steht auf wackligen Füßen. Das Grüne Bündnis ist bereit, an einer Variante mit 2,35 ab dem Jahr 2002 mitzuarbeiten, wenn das beigelegte Sanierungspaket sozial verträglich ist und die Stadt die öffentlichen Leistungen nach wie vor in vertretbarem Rahmen erbringen kann. Sicher verkaufen wir nicht die Grossmutter oder den Grossvater und geben grundlegende politische Überzeugungen preis. Ein gewisses Verhandlungsmass soll bestehen. Die anderen Parteien, die Bürgerlichen und auf der rot-grünen Seite, vorab die SP, sind hier aber auch gefordert, konstruktive Vorschläge zu machen, Ideen zu entwickeln und zu unterstützen. Häufig wird gesagt, es gebe in Bern keine Mehrheiten mehr, ich erinnere aber daran, dass Bern im November eine rot-grüne Mehrheit gewählt hat, zwar mit Schattierungen, aber doch als solche in der Wahlanalyse nicht bestritten. Die sollte nun bei den finanzpolitischen Fragen auch so auftreten. Die Kurve zu finden, ist machbar. Dies natürlich unter der Voraussetzung, dass der Bund und auch der Kanton die Rahmenstruktur nicht weiter zuungunsten der Kernstädte verschlechtern. Ich bin auf den neuen eidgenössischen Finanzausgleich gespannt, der ab 2006 in Kraft gesetzt wird. Kaum einer der Vorschläge im Rückweisungsantrag der FDP wird im Jahr 2001 budgetwirksam. Ich empfehle der FDP die Anträge im Rahmen der Diskussion um den Finanzplan 2002 folgende und im Budget 2002 einzubringen, die Diskussion dazu beginnt im Mai. Wir nehmen den Finanzplan als Aufforderung zum Handeln zur Kenntnis.

Einzelvoten

Adrian Haas (FDP): Ich nehme nicht umfassend Stellung, ich spreche später zum Budget, will aber den Vorwurf bezüglich unserem Rückweisungsantrag zum Budget zurückweisen. Es zeigt einmal mehr, dass Michael Jordi nicht begriffen hat, dass man langfristig Sanierungsziele erreichen muss. Jedes Budget steht, auch wenn im Zeitpunkt der Beratung oft Details nicht mehr verändert werden können, im Rahmen einer Gesamtsicht, einer gesamten Finanzentwicklung. Der Finanzplan und das Budget haben einen sehr engen Zusammenhang.

Die Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik *Therese Frösch:* Ich danke der FIKO-Sprecherin für das Vorstellen des Geschäfts. Es freut mich, dass alle auf eine Art gefunden haben, verglichen mit früheren Jahren, dass der Finanzplan etwas taugt. Ich kann mich erinnern, vor 5 oder 6 Jahren wurden verschiedene Heftli aus Ostermundigen und anderen Orten aufgehoben, es wurde gesagt, mit einem Finanzplan der anders gemacht sei, seien die Finanzen besser in den Griff zu bekommen. Heute stelle ich mit Freude fest, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Es ist eine riesige Arbeit, vor allem in Bezug auf das letzte Jahr, mit den Eingriffen des Kantons, es mussten immer wieder Anpassungen gemacht werden. Nach 8 Sparpaketen, nach X Änderungen und geänderten Rahmenbedingungen. Ebenfalls besteht eine sehr unsichere Partnerschaft mit dem Kanton, seit gestern wissen wir endlich mehr über den Polizeivertrag. Es kommt vor, dass wir plötzlich wieder eine Rechnung für die Stadtspitäler von 9 Mio. Franken erhalten, dann wissen wir wieder nicht, wann kommt dies oder das. Unter diesen Umständen, mit solch grossen Verschiebungen, mit solch Unvorhergesehenem einen Finanzplan zu machen, ist nicht einfach. Ich glaube, dass wir einen Konsens gefunden haben, dass zumindest die Analyse, die Zentrumslasten klar sind. Es ist nicht umstritten, dass wir viel zu viel für den Strassenunterhalt bezahlen, im Vergleich mit anderen Gemeinden. Nächsten Dienstag haben wir die stadtbernischen Mitglieder des Grossen Rats eingeladen,

darüber wollen wir informieren, ebenso im Zusammenhang mit der LSV-Abgabe, wo der Kanton seine Eigeninteressen zeigt. Die Frage der LSV-Abgaben, die 7 Mio. Franken sind hier im Rat nicht umstritten. Es ist nur umstritten, ob wir sie wirklich auch erhalten werden oder nicht und ich stelle weiterhin fest, dass die SVB-Vermögensaufteilung grundsätzlich auch nicht in Frage gestellt ist. Dazu kann ich nur bestärken, was Margrit Thomet angesprochen hat, der Kanton hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, wir haben heute Verhandlungen geführt, das Rechtsgutachten ist uns seit einigen Tagen bekannt und stützt zu 100% die Meinung, dass wir ein Baurecht erstellen können und entsprechend die Baurechtszinse in unsere Kasse fliessen werden. Bei den vom Kanton abgelehnten Aufwertungen ist jedoch im Moment hartes Brot zu essen, die haben wir nicht mehr im Finanzplan. Die 80 Mio. Franken haben wir für EWB/GWB resp. SWB neutralisiert. Wenn wir die Analyse haben und wissen, dass wir auf der einen Seite beim FILAG rund 26,5 Mio. Franken erhalten, mit der anderen Hand wird uns aber bei der Steuergesetzrevision einiges mehr wieder aus der Tasche gezogen, ist es naheliegend und damit unser Recht, alles daran zu setzen, dass dies besser gemacht werden kann. Ich habe nicht vor zu sagen, wir betrachten es als unsicher, nur weil wir uns beim Kanton nicht in die Nesseln setzen wollen. Es wäre Resignation, wir kämpfen nicht dafür und machen auf dem Buckel der Bernerinnen und Berner ein paar Geschenke an irgend jemanden. Herr Lauri hat gesagt, 1½ Jahre vor den Wahlen könne man den Leuten kein neuntes Sparpaket zumuten, es sei unmöglich. Der Finanzplan sagt ganz klar, dass wir uns einmal einig werden müssen bei der Einschätzung. Das Gleiche gilt bei der Billettsteuer. Weshalb muss der Kanton die Billettsteuer in einem solch schwierigen Moment abschaffen, ohne vorher Verhandlungen zu führen? Die Stadtbernerinnen und Stadtberner im Grossen Rat machen uns bewusst das Leben sehr schwer. So ist es heute nicht einfach, einen ausgeglichenen Finanzhaushalt hinzubringen.

Ueli Stüchelberger hat die Feuerwehr angesprochen, hier hat sich ein kleiner redaktioneller Fehler eingeschlichen, es ist unter 2.5 effektiv nichts mehr erwähnt, es ist aber subsumiert unter 2.2 auf Seite 4. Wir bedauern diesen Fehler. Die Sparmöglichkeiten bei den Generalsekretariaten anzustreben, dazu haben wir die Gelegenheit, wenn wir ein neues Sparpaket schnüren. Ueli Stüchelberger sagt im Weiteren, eine Steueranlage von 2,4 und ein weiteres Defizit komme nicht in Frage, ich bin froh, wenn ich weiss, wie der Thermometer steht. Wir müssen jedes neurechtliche Defizit vermeiden, jedes neurechtliche Defizit, das wir machen, nimmt uns nächstes Jahr wieder ein paar Millionen wegen den Abschreibungen weg.

Das Volksvermögen ist gesunken, ich habe zwar die Studie nie gesehen, sie sei noch in der Schublade von Frau Zölch und der Stadtpräsident hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht zu verwechseln sei mit der Wirtschaftskraft in der Stadt und dem Volksvermögen, dazu wird das Wirtschaftsamt eigene Abklärungen machen, die nächstens erscheinen und bekannt gegeben werden. Stephan Hügli hat im weiteren gesagt, 7 Mio. Franken LSVA seien zu hoch. Die 7 Mio. Franken sind in der Analyse nicht zu hoch, sondern sie entsprechen dem Schlüssel, was wir für die Region an die Strasse und den öffentlichen Verkehr bezahlen, aber ob die zu hoch sind, weil der Kanton uns das Geld nicht geben will, ist eine andere Sache.

Ich mache den Rat darauf aufmerksam, dass bei der Rückweisung vom September 2000 des Budgets 2001 die Auflage war, dass wir ab 2002 mit dem Steuerfuss von 2,4 kommen. Ich kann das im Beschluss nachweisen. Steuereinnahmen seien dementsprechend zu optimistisch, dazu will ich mich nicht äussern, sie waren bis jetzt immer realistisch, wer an unseren Pressekonferenzen teilnehmen konnte, hat davon Kenntnis. Ich bin froh, dass die SP/JUSO-Fraktion bereit ist, die Verantwortung zu übernehmen, aber sie verlangt eine klare Strategie des Gemeinderats und parteiübergreifende Gespräche. Es ist nicht einfach, nach 8 Sparpaketen Strategien zu bringen und damit einen Konsens und Kompromiss zu finden. Ich kann Irène Marti versichern, dass die Gespräche ca. Anfangs Mai mit den Parteien stattfinden werden.

Beat Schori (SVP): Ich fühle mich angesprochen, denn unser Parteipräsident hat gemeinsam mit einem FDP-Grossrat eine Interpellation zur Abschaffung der Billettsteuer eingereicht. Wir hoffen, dass diese Steuer abgeschafft wird. Wir gehen davon aus, dass nach der Abschaffung mehr Anlässe in Bern stattfinden werden und es dadurch mehr Steuereinnahmen geben wird, dies halt auf einem anderen Weg. Diesen Weg muss der Rat vielleicht auch zur Kenntnis nehmen. Bezüglich dem letztmaligen Rückweisungsantrag betreffend Steuerfuss 2,4, dies sei ein Auftrag gewesen. Ich bin der Meinung, es habe geheissen, es sei zu prüfen. Der Gemeinderat ist gut beraten, wenn er einmal aufs Volk hört, es hat die letzten Steuererhöhungen allesamt abgelehnt. Der von der SP angesprochene runde Tisch wird vielleicht eine Diskussionsrunde geben, mir wäre lieber, wenn der Gemeinderat die Verantwortung übernehmen und endlich ein Sparpaket vorlegen würde.

Die Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik *Therese Frösch*: Noch kurz eine Korrektur, es ist nicht eine Interpellation, sondern eine Initiative zur Abschaffung der Billettsteuer und hat gravierendere Folgen als eine Interpellation. Im letztmaligen Rückweisungsantrag hiess es ganz genau, ich zitiere – Im Finanzplan ist von einer Steueranlage von 2,4 ab dem Jahr 2002 auszugehen –.

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2001–2004 mit den Finanzperspektiven 2005–2008.

5 Voranschlag für das Jahr 2001 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppenbudgets

Antrag Nr. 13

Der Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2001, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 1'091'331'770.00 ausgeglichen ist, wird der Gemeinde zur Annahme empfohlen mit folgendem

Beschlussesentwurf

- I. Die Einwohnergemeinde der Stadt Bern, nach Einsicht in die Botschaft des Stadtrates vom 29. März 2001, gestützt auf Artikel 36, Buchstabe g der Gemeindeordnung, beschliesst:
 1. Der vom Stadtrat angenommene Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2001 wird genehmigt.
 2. Der Gemeinderat hat im Jahr 2001 folgende Gemeindesteuern zu beziehen:
 - a) auf den Gegenständen der Staatssteuern das **2,3fache** der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze (unverändert);
 - b) eine ordentliche Liegenschaftssteuer von **1,5 Promille** beziehungsweise eine erhöhte Liegenschaftssteuer (Artikel 217 StG) von 3,0 Promille des amtlichen Wertes (unverändert);
 - c) eine Beleuchtungsabgabe von **0,125 Promille** des pflichtigen Grundeigentums nach dem amtlichen Wert (unverändert);
 - d) eine Hundetaxe von **Fr. 100.--** (unverändert).
- II.
 1. Der Stadtrat genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.
 2. Er genehmigt die für die sieben Pilotprojekte Informatikdienste, Berufsfeuerwehr, Jugendamt, Gesundheitsdienst, Stadtgärtnerei, Schul- und Büromaterialzentrale und

Strasseninspektorat vorgelegten Produktgruppen-Budgets 2001 unter Vorbehalt der Genehmigung des Voranschlags für das Jahr 2001.

Eintretensdebatte

Für die FIKO spricht deren Präsidentin *Katharina Suter* (FDP): Für den Voranschlag 2001 2. Fassung wurde in einem guten Ton verhandelt und ich hoffe, dass wir diesen Ton auch bei den Budgetverhandlungen 2002 mitnehmen können, dies wäre sicher konstruktiv. Überparteiliche Gespräche sollen ja bereits im April stattfinden. Obwohl wir uns im Zustand der Ruhe vor dem grossen Sturm befinden, war die FIKO in den letzten 3 Wochen sehr gefordert. Mit 8 zu 3 Stimmen hat die FIKO das Eintreten auf den Voranschlag 2001 2. Fassung beschlossen. Ganz einig waren wir uns in der FIKO-Debatte, dass der Voranschlag ein Krisenvoranschlag sei und die finanzielle Lage der Stadt weiterhin sehr unerfreulich. Nur dank dem Verkauf der Berufsschulen an den Kanton ist ein ausgeglichenes Ergebnis bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 2 031 000 000.00 mit einer Steueranlage 2,3 zu Stande gekommen. Dabei konnten die vom Kanton vorgenommenen Abschreibungen von 12,8 Mio. Franken auf dem abgelaufenen altrechtlichen Bilanzfehlbetrag vorgenommen werden. Der neurechtliche Bilanzfehlbetrag 1999 wird durch das Budget 2001 nicht verringert. Ohne den ausserordentlichen Ertrag von 59,7 Mio. Franken durch den Verkauf der Berufsschulen würde uns der Voranschlag mit tiefroten Zahlen vorliegen. Ebenfalls beeinflusst durch den ausserordentlichen Ertrag verbessert sich der Cash-flow um 11,4 auf 61,8 Mio. Franken, ohne Verkauf wären es jedoch nur 2,1 Mio. Franken, praktisch gleich wenig wie in der Rechnung 1999. Die bereinigten Gesamtausgaben sinken im Jahr 2001 gegenüber dem Budget 2000 um 74,7 Mio. Franken oder 7,1%. Die Einnahmen ohne Berücksichtigung der ausserordentlichen Vermögenserträge fallen dementsprechend um 53 Mio. Franken oder 5,2% tiefer aus, was hauptsächlich auf den Abgang der Berufsschulen zurückzuführen ist. Erfreut zeigt sich die FIKO-Mehrheit, dass die Rechnung 2000 nach zusätzlicher Abschreibung von 1,6 Mio. Franken auf dem neurechtlichen Bilanzfehlbetrag 99 ausgeglichen ist und mit 23,4 Mio. Franken besser abschliesst, als budgetiert wurde. Die Mehrheit der FIKO würdigt das erfreuliche Ergebnis eines ausgeglichenen Budgets und ist sich einig, dass der Gemeinderat seine Hausaufgaben gut gemacht hat und die Auflagen der stadträtlichen Rückweisung vom 14. September 2000 erfüllt wurden. Kritisiert wird, dass die Vorgaben des Gemeinderats 3% Einsparungen auf den Globalvorgaben von der Direktion für Öffentliche Sicherheit, der Direktion für Soziale Sicherheit und der Direktion für Bildung, Umwelt und Integration nicht eingehalten wurden. Wir zeigen aber auch Verständnis, dass an verschiedenen Orten die Einsparungen die Grenzen erreicht haben und die Umsetzung von zusätzlichen Massnahmen auf der Aufwandseite unausweichlich zu einem Leistungsabbau führen würde. Eine Minderheit der FIKO aber sieht das Resultat des Voranschlags 2000 ganz anders und ist der Ansicht, es habe nur eine Beschönigung der momentanen und längerfristig schlechten Finanzlage stattgefunden und das Sparpotenzial sei nicht voll ausgeschöpft. Die Stadt Bern habe nach wie vor ein grosses strukturelles Defizit, das trotz getroffenen Haushaltsanierungsmassnahmen nicht wesentlich verbessert worden sei. Der Gemeinderat und sehr oft die Mehrheit des Stadtrats könne leider noch immer nicht das Wünschbare vom verantwortlich Machbaren unterscheiden. Gemachte Einsparungen werden mit neuen Ausgaben immer wieder zunichte gemacht und die Empfehlungen des Regierungsrats, sämtliche Budgetposten periodisch bezüglich ihrer Notwendigkeit zu prüfen, sei in einem bescheidenen Rahmen gemacht worden. Wir sind uns in der Kommission wohl bewusst, dass im Fall einer Ablehnung des Budgets der Kanton wieder zum Zuge kommt. Der Übergang der Berufsschulliegenschaften an den Kanton im Jahr 2001 wurde der FIKO zugesichert, es soll also keine Überraschungen geben. Die Volksabstimmung darüber wird im September 2001 stattfinden. Der Steuerertrag wurde per Saldo um 15 Mio. Franken tiefer budgetiert, als in der ersten Fassung des Voranschlags. Diesem Betrag und den Begründun-

gen stehen wir in der FIKO skeptisch gegenüber. Wir sind uns bewusst, dass diese Zahlen schwer abschätzbar sind. Die Kürzung der Beiträge an die Stadt- und Universitätsbibliothek ist schmerzlich und hat bis in die Medien für Wirbel gesorgt. Auch in der FIKO wurde darüber diskutiert, das letzte Wort dazu hat allerdings heute der Stadtrat. Die Ablehnung der Sistierung der Annuitätenzahlungen durch den Stadtrat hat gegenüber dem ersten Budget Mehraufwendungen von 3 425 470.00 zur Folge. Weiter sind durch die Aufnahme des Beitrags für die Mattesperre gemäss Gemeinderatsbeschluss zusätzliche Kosten von Fr. 60 000.00 entstanden. Delegationen der FIKO haben die einzelnen Budgets der Direktionen besprochen, Direktionsbesuche wurden für die zweite Fassung des Voranschlags nicht mehr gemacht. Die FIKO unterbreitet dem Stadtrat heute zum Budget 2001 drei Anträge, die kompensiert werden können. Das Produktgruppenbudget wurde gemeinsam mit der GPK behandelt und ohne Änderungen genehmigt. Auch dazu wurde auf Besuche der Direktionen verzichtet. Die Steueranlage von 2,3 wird dem Stadtrat einstimmig zur Annahme empfohlen. Die Anträge des Gemeinderats bezüglich Liegenschaftssteuer, Beleuchtungsabgabe und Hundetaxe waren unbestritten. Die FIKO empfiehlt dem Stadtrat mit 6 zu 2 Stimmen, bei 3 Enthaltungen den bereinigten Voranschlag der Laufenden Rechnung für das Jahr 2001 mit Aufwendungen von Fr. 1 094 341 770.00 und Erträgen von Fr. 1 094 346 770.00 zu genehmigen. Die FIKO dankt allen Beteiligten der Stadtverwaltung für die ausführliche Beantwortung der vielen Fragen und ganz besonderen Dank schicken wir der Protokollführerin Margrit Kohler, die uns so schnell mit den perfekten Protokollen beliefert hat.

Stephan Hügli (FDP) spricht ebenfalls für die FIKO: Katharina Suter hat unseren Minderheitsstandpunkt gut dargelegt, so dass ich mich hier kurz fassen kann und nicht noch einmal wiederholen will. Wenn ich das Votum von Irène Marti von vorn aufnehme, uns fehle es an einer langfristigen Finanzstrategie, muss ich dazu sagen, der Gemeinderat muss uns Vorschläge unterbreiten, dann können wir darüber diskutieren. Wir hier im Stadtrat sind die falschen Personen um Vorschläge auszuarbeiten, der Gemeinderat muss die praktischen Massnahmen vorschlagen. So müssen wir das weitere Vorgehen wählen. Jahr für Jahr heisst es, jetzt ist es zu spät, wir müssen darüber befinden, danach schauen wir. Das Budget 2002 ist grundsätzlich erstellt, wir beginnen in der FIKO mit der Beratung des Budgets 2002 nach den Sommerferien. Von daher ist der Zeitplan oder die Frist relativ kurz um dazwischen eine Finanzstrategie zu entwickeln. Deshalb sagen wir einmal mehr, wir wollen das Budget zurückweisen um dem Gemeinderat Zeit zu geben, seine Hausaufgaben wirklich zu machen. Die Hausaufgaben wurden vom Gemeinderat nicht gemacht, er konnte zwar ein ausgeglichenes Budget vorlegen, es war nicht so schwierig mit der Möglichkeit der Verschönerung von Familiensilber. Ich rufe alle auf, wir brauchen vom Gemeinderat einmal eine vernünftige Finanzstrategie, worüber wir diskutieren können. Mit einer Rückweisung geben wir dem Gemeinderat die Zeit, in aller Ruhe und Seriosität Massnahmen vorzubereiten. Im Finanzplan haben wir gesehen, es fehlen immerhin 1–3 Steuerzehntel und es fehlt eben auch Geld, wenn wir eine Steuererhöhung haben, sonst wird es noch viel schlimmer. Wir sind durchaus glücklich, dass die geführten Verhandlungen mit dem Kanton sehr streng geführt wurden. Erleichterungen für die Stadt zu finden ist das Eine, seriös und vorsichtig zu budgetieren ist das Andere. Wir können nicht sagen, wir machen optimistische Finanzplanung, um die Position des Gemeinderats bei Verhandlungen zu stärken. Ich bitte den Rat, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Adrian Haas FDP begründet den folgenden *Rückweisungsantrag* der FDP-Fraktion:

Der Voranschlag 2001 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, dem Stadtrat umgehend einen neuen Voranschlag **gemeinsam mit einem echten Sanierungspaket** zu

unterbreiten (entspricht der Empfehlung Nr. 17 des Regierungsrats). Dank diesem Sanierungspaket kann unter Beibehaltung der bisherigen Steueranlage 2.3 (auch für die Folgejahre) die rechtzeitige Abtragung des Bilanzfehlbetrages gemäss Vorgabe des Gemeindegesetzes erreicht werden.

Das vorgenannte Sanierungspaket soll unter anderem folgende (oder ähnliche) Massnahmen enthalten:

1. Die öffentliche Ausschreibung der Verwaltung der städtischen Liegenschaften (die Stadt soll nur noch Eigentümerfunktionen erfüllen).
2. Die Auslagerung von Backoffice-Bereichen der Stadtverwaltung aus teuren Liegenschaften im Stadtzentrum (doppelter Effekt: Einsparung von Mietzinsen und neue gute Steuerzahler siedeln sich an).
3. Die zusätzliche (neben derjenigen, die für alle Verwaltungsdirektionen wirksam ist) Festlegung einer abgestuften Sparvorgabe bei den Globalbudgets der NSB-Projekte (die rhetorische Effizienzsteigerung wird Wirklichkeit ...).
4. Die Redimensionierung des Verwaltungsapparats der Direktion für Bildung, Umwelt und Integration (als Folge der Kantonalisierungen).
5. Die Redimensionierung der Stadtgärtnerei und des Stadtplanungsamts und eine vermehrte Ausschreibung ihrer Aufgaben (Konkurrenz/Wettbewerb schafft günstige Preise).
6. Den Verzicht auf Trottoirabsenkungen für Millionenbeträge ausserhalb von ordentlichen Erneuerungsarbeiten.
7. Den Verzicht auf die Einführung eines neuen Logos.
8. Eine konsequentere Stellenbewirtschaftung (Empfehlung 2 des Regierungsrats) mit verbindlichen Ablieferungspflichten (mind. 1% pro Jahr) in den zentralen Stellenpool des Gemeinderats.

Die Stadt verhält sich wie eine Mieterin, die in einer luxuriösen Wohnung wohnt und jetzt Möbel verkauft, um Mietzinse zu zahlen. Eigentlich sollte sich die Stadt ein Beispiel am Stadtpräsidenten nehmen und in eine günstigere Wohnung zügeln, das heisst konkret, Sparmassnahmen treffen. Wenn wir finanziell wieder ins Gleichgewicht kommen wollen, ist ein Sanierungspaket unumgänglich. Ein solches schlagen wir dem Rat mit unserem Rückweisungsantrag vor. Wir müssen heute Massnahmen beschliessen und es ist falsch, einfach wieder auf die nächste Budgetdebatte zu warten. Wem einzelne Massnahmen nicht passen, der soll eigene Vorschläge bringen und sie nicht einfach ins Pfefferland wünschen. Wir haben in unserem Rückweisungsantrag darauf hingewiesen, dass diese Massnahmen mit anderen Massnahmen zusammen gesehen werden können, dass auch zusätzliche ähnliche Massnahmen vorgeschlagen oder weggelassen werden können. Wenn der Rückweisungsantrag abgelehnt wird, wird die FDP sich grossmehrheitlich der Stimme enthalten und einzelne werden auch Nein stimmen. Warum? Das vorliegende Budget ist dank dem Verkauf der Berufsschulen ausgeglichen und auf eine Steuererhöhung wird verzichtet. Mit unserer Enthaltung geben wir zum Ausdruck, dass uns die Vorgehensweise nicht passt und dass man mit diesem Budget und mit der vorliegenden Finanzplanung in Richtung Haushaltsgleichgewicht keinen Schritt aber auch gar keinen weiter ist.

Kurz zum runden Tisch: Wir fragen uns, was ein runder Tisch soll, wenn die Direktorin für Finanzen, Personal und Informatik bereits erklärt, es gebe keine ausgabenseitigen Massnahmen mehr. Für uns muss ein runder Tisch ein ausgabenseitiges Sanierungspaket enthalten. Einer Steuererhöhung werden wir bei der heutigen Standortkonkurrenz nie zustimmen, ganz einfach, weil sie kontraproduktiv wäre und wir gehen mit Irène Marti einig, dass es jetzt Sache des Gemeinderats ist, uns ein Sanierungspaket zu präsentieren.

Margrit Thomet (SVP) spricht für die Fraktion SVP/JSVP: Den Voranschlag für das laufende Jahr 2001 haben wir jetzt in einer 2. Fassung vor uns, nachdem im letzten Herbst die erste Version zurückgewiesen wurde. Heute ist das Budget mit dem Steuerfuss von 2,3 ausgeglichen, bei Aufwand und Ertrag von je Fr. 1 091 000 000.00. Nur dank dem Verkauf der Liegenschaften der Berufsschulen an den Kanton mit einem einmaligen Vermögensertrag von 59,7 Mio. Franken ist es möglich, einen relativ guten Voranschlag zu präsentieren. Ohne diese Summe wären wir tief in den roten Zahlen. Die schlechte Finanzlage der Stadt Bern hat sich nicht verändert, im Gegenteil, wir leiden an einem strukturellen Defizit, das trotz der getroffenen Haushaltsanierungsmassnahmen nicht genügend verbessert wurde. Notwendig sind nicht nur einzelne Korrekturen, sondern tiefergreifende Massnahmen. Wir sind nicht am Anschlag der möglichen Sparbemühungen, wie dies vom Gemeinderat behauptet wurde. Die zweite Budgetversion 2001 mit dem Steuerfuss 2,3 zeigt deutlich, dass das grosszügige Budgetieren mit dem Steuerfuss 2,4 zurückgefahren werden konnte mit Globalsparvorgaben von 3%, die der Gemeinderat verordnet hat. Leider konnten nicht alle Direktionen diese Weisung erfüllen. Wir von der Fraktion SVP/JSVP sind aber der Meinung, dass hier noch ein grösseres Sparpotenzial drin liegt und wir fordern eine Sparvorgabe von 4%. Die Mietzinsaffäre ist ein deutliches Beispiel, wo die Stadt die Strategie ändern muss. Die städtischen Liegenschaften sollten verkauft werden. Wir weisen auf die eingereichte Motion hin. Ausgenommen sind Liegenschaften für die einkommensschwache Bevölkerung, welche von Dritten verwaltet werden können. Andere Sparvorschläge von der bürgerlichen Seite, die allseits bestens bekannt sind, müssen endlich umgesetzt werden. Sehr wichtig ist uns die Empfehlung des Regierungsrats, periodisch sämtliche Budgetpositionen auf ihre Notwendigkeit zu hinterfragen. In einem bescheidenen Rahmen wurde dies gemacht, doch wegen politisch gefärbter Prioritätensetzung sind viele Posten ungeschoren davon gekommen. Als Beispiel nenne ich nur das Kinderbüro, der Ombudsmann, das Integrationsbüro, das Frauengesundheitszentrum und auch der Moditräff, der jetzt noch von einem Fonds finanziert wird und sicher bald im Budget auftauchen wird. Auch die Zusammenlegung von Beratungsstellen mit ähnlichen oder gleichen Beratungszielen würde eine finanzielle Erleichterung bringen. Unverzeihlich sind neue jährlich wiederkehrende Budgetpositionen, wie die Position 5011, Förderung von Fuss- und Veloverkehr mit dem Nettoaufwand von sage und schreibe 4 Mio. Franken, dies während 10 Jahren. Alleine 485 Massnahmen, die im Velorichtplan enthalten sind, sollen 22 Mio. Franken kosten. Statt die Fuss- und Veloinitiative des Grünen Bündnis im Jahr 1999 klar abzulehnen und dem Stimmvolk die Unmöglichkeit der finanziellen Umsetzung des Begehrens zu erläutern, hat der Gemeinderat den Fehler gemacht und den Gegenvorschlag mit einem jährlichen Aufwand von 4 Mio. Franken gebracht. Das Volk hat dem natürlich zugestimmt, im Glauben, das sei bei unseren Finanzen machbar. Dem ist leider nicht so, besonders weil einnahmenseitig die Steuererträge erneut um gut 12 Mio. Franken gesunken sind, sind solche Neuausgaben schlicht verantwortungslos. Der Gemeinderat und sehr oft auch die Mehrheit des Stadtrats können noch immer nicht das Wünschbare vom verantwortlich Machbaren unterscheiden. Gemachte Einsparungen werden mit neuen Ausgaben zunichte gemacht. Wir von der SVP/JSVP-Fraktion sind froh, dass der Steuerfuss auf 2,3 geblieben ist, doch fehlen uns markante Verbesserungen gegenüber dem Budget 2000. Wir erwarten gemäss unserem Antrag ein neues Budget und unterstützen den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion. Sollte der Rückweisungsantrag keine Mehrheit finden, werden wir das Budget ablehnen.

Wir stellen folgenden Antrag:

Der Gemeinderat soll die Globalsparvorgabe für alle Direktionen von 3% auf 4% erhöhen. Sie muss von allen Direktionen eingehalten werden.

Für die Fraktion GFL/EVP-Fraktion spricht *Ueli Stückelberger* (GFL): Ich nehme es vorweg, unsere Fraktion stimmt dem Budget mit 2,3 zu, lehnt deshalb auch den Antrag der FDP-

Fraktion auf Rückweisung ab. Zu diesem Antrag nur ein paar Bemerkungen. Der Antrag kommt für uns zu spät. Es hat unumstritten ganz wenige Punkte im Rückweisungsantrag, die interessant sind, es hat aber auch Punkte, die sind sehr populistisch. Der Verzicht auf die Einführung des neuen Logo sind Peanuts, es ist keine Sparmassnahme, weil es bereits umgesetzt ist. Die Trottoirabsenkungen wurden hier im Rat auch schon oft diskutiert, dass es eigentlich kostenneutral möglich ist.

Es ist wichtig, dass wir ein halbes Jahr nach dem Regierungsratsentscheid mit dem Budget 2001 vor das Volk treten, basierend auf dem Steuerfuss 2,3. Alles andere wäre schlecht. Die Punkte der Rückweisung vom Herbst wurden berücksichtigt. Ein ausgeglichenes Budget ist sicher erfreulich, darf aber nicht darüber hinweg täuschen, es wäre nicht möglich, ohne den Buchgewinn durch Veräusserung der Berufsschulliegenschaften.

Zu den Sparmassnahmen: Unsere Fraktion erachtet die Streichung von Beiträgen an Dritte als das einfachste Mittel, es darf aber nicht die bevorzugte Lösung zur Sanierung der Stadtfinanzen werden. Wir sind der Meinung, dass wir nicht Hals über Kopf Beiträge an Institutionen streichen können, dies ist auch ein Grund, weshalb wir beispielsweise der Kürzung an die STUB nicht zustimmen werden. Gut finden wir, dass es neue Tagesschulen gibt, im Neufeld wird eine neue eröffnet, es entstehen 20 neue Krippenplätze, was für uns dringend notwendig ist. Im Gegensatz zur SVP finden wir es wichtig, dass Fuss- und Velomittel gefördert werden und dafür 4 Mio. Franken jährlich zur Seite gestellt werden. Dies trifft primär das Investitionsbudget, es ist ein Volksbeschluss, der umgesetzt werden muss. Das ausgeglichene Budget darf nicht darüber hinweg täuschen, dass für die Sanierung der Stadtfinanzen weitere Massnahmen notwendig sind. Es ist ein langer Weg und braucht intensive Anstrengungen, aber auch den Willen des Gemeinderats oder jedes Einzelnen. Die Zeit bis zum Juli 2001 ist zu nutzen, dann wird uns das Budget 2002 präsentiert. Alle Fraktionen haben hier im Rat gesagt, dass sie grundsätzlich bereit wären, Gespräche zu führen, um nach Lösungen zur Sanierung der Stadtfinanzen zu suchen. Ich bin überzeugt, dass eine Lösung gefunden wird, doch der erste Schritt muss vom Gemeinderat kommen. Der Gemeinderat ist jetzt gefordert, den ersten Schritt zu machen, um den Prozess in Gang zu bringen. Die FDP lehnt eine Steuererhöhung kategorisch ab, es ist klar, primär muss ein solches Paket ausgabenseitig sein, aber es muss auch einnahmenseitige Massnahmen geben. Hier drin hat noch niemand gesagt, dass man nicht wieder die Feuerwehersatzabgabe, die zwar vom Volk schon einmal abgelehnt wurde, dass man dies nicht wieder in Erwägung ziehen könnte. Ein Handlungsspielraum, ein Grobspektrum ist da, wir müssen uns zusammenraufen, unsere Fraktion ist für einen solchen Prozess bereit.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Christoph Stalder*

Die Protokollführerin: *Edith Ramseier*